

Energie Fondslösung setzt RWE unter Druck

Der RWE-Konzern dürfte nach der erneuten Abwertung seiner Kraftwerke um 2,1 Milliarden Euro und dem anschließenden Kursrutsch seiner Aktie um mehr als 13 Prozent auch weiter unter Druck bleiben. Grund sind erste konkrete Überlegungen einer Expertenkommission zur Finanzierung der atomaren Altlasten unter Ko-leitung des Grünen-Politikers Jürgen Trittin, die in einer 28-seitigen Gliederung des Endberichts zusammengefasst sind. Danach sollen die Betreiber auch weiter für den Rückbau der Atomkraftwerke und für den Transport der nuklearen Abfälle ver-



Trittin

antwortlich bleiben. Die Kosten für diese Aufgabe setzt die Kommission mit knapp 30 Milliarden Euro an. Für die Zwischen- und Endlagerung der Abfälle kalkuliert das Gremium Kosten von rund 18 Milliarden Euro. Dieses Geld sollen die Atomkraftwerksbetreiber laut Papier bis zum Jahr 2022 „cash“ in einen staatlichen Fonds einzahlen, der die Gelder verwaltet. Sie würden dann aus Teilen ihrer gesetzlichen Haftung entlassen. Im Gegenzug sollen sie sich verpflichten, auf die milliardenschweren Schadensersatzklagen gegen die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Atomausstieg zu verzichten. Sollte die Kommission diese Überlegungen bis Ende des Monats so umsetzen, wäre das für die Stromkonzerne fatal. Die berechneten Kosten liegen um einige Milliarden höher als ihre Rücklagen. Besonders die Forderung, den Fonds mit Barmitteln aufzufüllen, dürfte RWE in weitere Bedrängnis bringen. Einige Kommissionsmitglieder halten es deshalb nicht für einen Zufall, dass RWE-Chef Peter Terium seine schlechten Zahlen kurz vor der Kommissionsentscheidung präsentierte und sie per E-Mail an diverse Mitglieder verschicken ließ. fdo



Lufthansa-CityLine-Jet beim Enteisen in München

Lufthansa Tarifkompromiss bei Regionaltochter

Die Lufthansa-Führung hat einen weiteren, seit Jahren schwelenden Tarifkonflikt gelöst. Dieses Mal geht es um die Flugbegleiter der Regionaltochter CityLine, allerdings müssen die rund 1100 betroffenen Kabinenkräfte dem Vorschlag per Urabstimmung bis zum kommenden Freitag noch zustimmen. Konzernchef Carsten Spohr und seine Kollegen hatten bereits vor Längerem beschlossen, ihre günstiger operierende Tochter CityLine nur noch für Zubringerdienste zu den großen Umsteigedrehscheiben in Frankfurt und München einzusetzen und nicht mehr für dezentra-

le Verbindungen zwischen deutschen und europäischen Städten. Ein Großteil der CityLine-Bordbetreuer ist allerdings noch immer quer über die Republik in Städten wie Hamburg, Stuttgart, Hannover oder Berlin stationiert. Ihnen macht der Arbeitgeber nun mehrere Angebote: Ausscheidende erhalten für jedes Beschäftigungsjahr das Anderthalbfache ihres Monatsgehalts. Wer freiwillig nach Frankfurt oder München zieht, bekommt eine Wechselprämie von 39 000 Euro und eine Umzugspauschale von 15 000 Euro. Eine Lösung gibt es auch für Flugbegleiter, die sich nicht verändern wollen. Sie müssen für die Anreise zum Einsatzort künftig auf einzelne freie Tage verzichten. did

Kommentar

Unternehmerischer Ungehorsam

Warum Apple sich mit der US-Regierung und dem FBI anlegt

Der lange Brief, den Tim Cook diese Woche an seine Kunden schrieb, enthielt vor allem eine knappe Botschaft an die eigene Regierung: Jetzt reicht's. Der Apple-Chef argumentierte, dass US-Sicherheitsbehörden vorhätten, das Leben aller iPhone-Nutzer künftig unsicherer zu machen, und versprach: „Wir setzen uns dagegen zur Wehr.“ Zuvor hatte eine US-Richterin angeordnet, Apple müsse dem FBI dabei „assistieren“, das iPhone des Attentäters von San Bernadino zu knacken. Der Konzern soll dafür sogar eine Spezialversion seines Betriebssystems programmieren. Cooks öffentliche Absage ist ein besonderer Fall von unternehmerischem Ungehorsam. Sein Wille zur Konfrontation erklärt sich damit, dass die jüngste Anordnung nur die Spitze einer langen Kontroverse ist. Die letzte Welle hatten die Enthüllungen von Edward Snowden ausgelöst. Als die Tech-Giganten aus dem Sili-

con Valley erfuhren, dass Behörden wie die NSA sich in ihre Systeme hackten, um an Kundendaten zu kommen, führten Firmen wie Apple, Google und WhatsApp neue Verschlüsselungsmechanismen ein. Die Chefs von Geheimdiensten klagen seither, ihre Überwachungssysteme würden zunehmend „blind“. Ihr impliziter Vorwurf an Apple & Co. ist so plump wie heftig: Ihr unterstützt Terroristen. Cook kontert mit Argumenten, die IT-Experten seit Jahren anführen: Eine Hintertür für ein iPhone wäre eine Hintertür für alle – und eine staatlich verordnete Sicherheitslücke. Google und WhatsApp pflichteten ihm schon bei. Natürlich fürchten die Tech-Giganten auch Wettbewerbsnachteile und wollen mit ihrem Widerstand bei Kunden punkten. Doch in diesem Kryptokrieg vertreten Cook & Co. mit ihrer harten Haltung nicht nur Konzerninteressen, sondern auch Bürgerrechte. Marcel Rosenbach